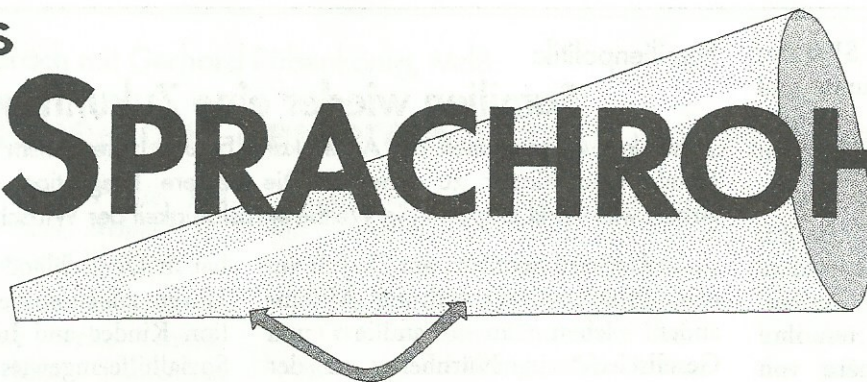


Das

SPRACHROHR



der Ahnataler

SPD

NR. 3/1998

September 1998

Bundestagswahl am 27. September 1998:

Um was geht es eigentlich?

Geht es tatsächlich nur darum, wie uns derzeit Zeitungen oder Fernsehen weismachen wollen, ob Schröder Bundeskanzler wird, oder ob Kohl Bundeskanzler bleibt? Oder falls, wie lange Kohl Kanzler bleiben will oder soll?

Es geht diesmal um mehr. Es geht darum, daß in unserem Land endlich eine neue Politik gemacht wird. Es geht darum, daß nicht weiter die kleinen Leute, Arbeitnehmer, Rentner, Kranke und Arbeitslose gnadenlos abgezockt werden, um die Reichen noch reicher zu machen. Es geht darum, daß endlich etwas gegen die Geisel Arbeitslosigkeit unternommen wird, die Millionen Menschen in die Hoffnungslosigkeit treibt und so für die platten Sprüche von radikalen Rattenfängern empfänglich macht. Es geht darum, daß die Steuerbelastung wieder gerechter verteilt wird, daß auch die Vermögenden wieder ihren Anteil zum Steueraufkommen beitragen.

Von einer Regierung Kohl sind Veränderungen oder gar Besserungen nicht mehr zu erwarten. In den vergangenen Jahren ist überdeutlich geworden, daß dieser Truppe nichts Gescheites mehr einfällt. Personaldiskussionen (Kohl und Schäuble - Kohl oder Schäuble oder?) statt ordentlicher Regierungsarbeit.

Arbeits(-losen)minister Blüm redet die Arbeitslosenzahlen schön und finanziert sinnlose kurzfristige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die allesamt nach dem Wahltag auslaufen. Gesundheits(?)minister Seehofer versucht die Zahnärzte wieder zurückzupfeifen,

denen er vor kurzen erst per Gesetz erlaubt hat, bei den Patienten „ordentlich“ abzukassieren. Kanther, zuständig für die Innenpolitik agiert in der Hauptsache gegen Ausländer und nimmt dabei billigend in Kauf, daß glatzköpfige Schlägertrupps diese Politik in die „Tat“ umsetzen. Umweltministerin Merkel muß sich von der Atomindustrie wie ein Tanzbär an der Nase herumführen lassen. Vom Rest der Truppe, denen regelmäßig das Minister- oder Staatssekretärsgehalt überwiesen wird, sollte man vielleicht noch FDP-Kinkel erwähnen, der reichlich wirkungslos als Außenminister von Fettnäpfchen zu Fettnäpfchen jettet.

Wenn Kohl jetzt ausgerechnet seinen Intimfeind Späth zum wirtschaftspolitischen Berater beruft, ist das der wahltaktische Griff zum Strohalm. Denn wie ein Strohalm wird diese Liaison brechen, falls Späth tatsächlich eigene Vorstellungen entwickeln sollte. Schließlich duldet Kohl erfahrungsgemäß keine „Götter“ neben sich.

Die Politik der Kohl-Administration insgesamt hat unser Staatsschiff in eine gefährlich Schiefelage gebracht. Ein riesiger Schuldenberg wurde aufgehäuft. Die Pleite war in den letzten Jahren nur mittels unsauberer Rechentricks zu vermeiden. Vor allem auf Druck des kleinen Koalitions-

partners wurde zur Haushaltssanierung immer mehr Staatsvermögen privatisiert oder besser gesagt an die Reichen verschербelt. Der FDP, selbsterhante Partei der Besserverdienenden (oder besser gesagt Millionäre), die mit Liberalismus heute noch soviel gemein hat wie ein Pornoheft mit der Bibel, ist ein gerüttelt Maß Mitschuld an unserer Misere anzurechnen. Immer wieder hat diese Minipartei, als Zünglein an der Waage, gegen den großen Koalitionspartner Entscheidungen zugunsten ihrer wohlhabenden Klientel rücksichtslos durchgesetzt. Es bleibt zu hoffen, daß die Wähler diese Truppe endlich einmal abstrafen und an sie keine Erst- und vor allem keine Zweitstimme verschwenden.

Und die CDU? Die CDU war und ist eine Kanzlerpartei und somit immer nur so gut wie der Kanzler. Und da dieser, alle Aktionen der letzten Zeit machen es immer deutlicher, mit seinem Latein am Ende ist, ist es die CDU auch.

Wenn gegen die aktuellen großen Probleme etwas getan werden soll, dann kann dieses nur eine neue Regierung mit neuen Köpfen und neuen Ideen. Wenn dabei sozialverträglich, im Stil einer sozialen Marktwirtschaft gehandelt werden soll, wird dies nur mit einer SPD-geführten Bundes-

regierung möglich sein. Die SPD hat mir ihrem Regierungsprogramm und ihrem Sofortprogramm deutlich gemacht, wohin die Reise in Zukunft gehen soll (siehe Kasten unten).

Die SPD hat angekündigt, von der CDU/FDP-Koalition verabschiedete unsoziale Gesetze sofort zurückzunehmen. Das läßt einige, um ihre Pfründe bangende Funktionäre von Arbeitgeberverbänden schon vom „Untergang des Vaterlandes“ faseln. Die Herren seien beruhigt, sie werden auch in Zukunft nicht darben müssen. Es muß aber möglich sein, und nichts anderes will die SPD, die enorm gestiegenen Erträge wieder etwas gerechter auf Kapital und Arbeit zu verteilen. Und es muß auch möglich sein, die zweifellos vorhandenen Belastungen gerechter, der individuellen Leistungsfähigkeit angemessen, umzulegen.

Nur wenn dies möglich ist, werden wir auch in Zukunft unseren Lebensstandard und vor allem unseren Sozialstandard einigermaßen halten können. Wenn Sie nicht wollen, daß in unserem Land sich ein noch rücksichtsloseres und noch unsozialeres Klima breitmacht, als wir es heute schon haben, daß wir endgültig zu einer brutalen Ellenbogengesellschaft verkommen, dann gehen Sie am 27. September zur Wahl.

Wählen Sie den Wechsel.

Wählen Sie die SPD!

Damit sich endlich etwas zum Besseren tut!

Familienpolitik:

Familien wieder eine Zukunft geben

„Flexiblere Organisation der Arbeit kann Frauen helfen, mehr Zeitsouveränität für Familie und Kinder zu erhalten. Die bessere Integration der Frauen in die Arbeitswelt stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft...“,

so Gerhard Schröder am 21. Juli auf einer Programmveranstaltung „Miteinander leben in Familie und Gesellschaft“ in Nürnberg, an der zahlreiche Wissenschaftler und Experten teilnahmen, so u. a. die Gießener Familiensoziologin Uta Meier sowie der Bielefelder Jugendforscher Klaus Hurrelmann. Nach deren Einschätzung hat Deutschland derzeit einen vergleichsweise großen Rückstand in der Frauen- und Familienpolitik.

Für die SPD ist klar, daß die finanzielle Lage für Familien verbessert werden muß, Antworten auf die veränderten Familien- und Gesellschaftsstrukturen sind längst überfällig. Lesen Sie dazu Auszüge aus der Rede von Christine Bergmann, in Schröders Team zuständig für Frauen- Jugend- und Familienpolitik:

„Wir wissen: Ob Steuer-, Renten- oder Sozialpolitik, ob Arbeitsmarkt- oder Frauenpolitik, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen nicht mit den veränderten Realitäten, Leitbildern und Lebensplanungen der Menschen überein. Es sind die Familien, die Frauen und vor allem die Kinder, die darunter zu leiden haben.“

Besonders bedrückend ist die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen. Die Armut von Kindern

hat in Deutschland in den letzten vier Jahren zugenommen. Etwa eine Million Kinder und Jugendliche sind auf Sozialhilfe angewiesen.

Unsere Wirtschaft und unser Gemeinwesen bauen auf die Leistungen der Familien auf, die Familien tragen den Großteil der wirtschaftlichen Verantwortung für Erziehung und für die Versorgung der nachfolgenden Generationen.

Eine SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, daß sich die wirtschaftliche und soziale Lage der Familien schnell, spürbar und nachhaltig verbessert. Deshalb geben wir der Familienförderung einen neuen Stellenwert. Wir werden einen angemessenen Familienleistungsausgleich zugunsten der Familien mit Kindern durchsetzen.

Das bedeutet konkret: Anhebung des Kindergeldes für das erste und zweite Kind auf 250 DM pro Monat. Zusammen mit der geplanten Steuerreform bringt das einer durchschnittlich verdienenden Familie mit zwei Kinder eine Entlastung von rund 2.500 DM im Jahr.

Wir verstehen Familienpolitik als Querschnittsaufgabe und werden auch die Beschäftigungspolitik, die Sozialpolitik, die Wohnungsbaupolitik sowie die Frauen- und Jugendpolitik insgesamt so ausrichten, daß Familien in Deutschland wirklich wieder eine Zukunft haben.

Für uns ist es selbstverständlich, an die Vielfalt des Familienlebens und der Lebensformen anzuknüpfen. In unserem Wahlprogramm haben wir - für jeden erkennbar - einen modernen Familienbegriff zugrunde gelegt. Wir berücksichtigen die heute existierenden neuen und vielfältigen Beziehungsformen, die neben den traditionellen Ausprägungen von Familien, den sogenannten Kleinfamilien, entstanden sind und sagen: Familie ist dort, wo Kinder sind.“

Zehn gute Gründe, SPD zu wählen

Die neun zentralen SPD-Zusagen:

1. Konzentrierte Aktion für Arbeit, für Innovation und Gerechtigkeit.
2. Ein Sofortprogramm mit 100 000 Arbeitsplätzen für Jugendliche.
3. Der Aufbau Ost wird Chefsache.
4. Deutschland wird Ideenfabrik.
5. Bekämpfung der Kriminalität.
6. Ein Aktionsprogramm „Frau und Beruf“.
7. 500 DM Steuerentlastung für Familien mit Kindern.
8. Bezahlbare Gesundheit.
9. Die Korrektur von Kohls Fehlern bei Rente, Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

und der 10. Grund heißt Kohl, oder soll der etwa weiterwursteln?

Sprachrohr-Gespräch mit Gerhard Rübenkönig, MdB:

Wir haben das bessere Konzept - die besseren Ideen!

SR: Die SPD will den Politik- und Regierungswechsel - was meinen Sie, wollen die Wählerinnen und Wähler?

G.R.: Seit Monaten gibt es in unserem Land eine breite Grundstimmung für einen politischen Neuanfang. Die große Mehrheit der Bevölkerung will einen Regierungswechsel. Nach 16 Jahren Kohl braucht Deutschland eine neue Politik, eine Politik für neue Arbeitsplätze, für Innovation und für soziale Gerechtigkeit. Die Hoffnungen der Menschen richtet sich auf die SPD. Nach allen Meinungsumfragen liegen wir mit stabilem Vorsprung vorn. In Gerhard Schröder haben wir einen Kanzlerkandidaten, dem viele Menschen offensichtlich mehr zutrauen und eher trauen als dem jetzigen Amtsinhaber.

SR: Womit wird eine SPD-geführte Regierung ihre Arbeit beginnen?

G.R.: Mit einem Kassensturz; denn die Regierung Kohl hinterläßt eine dramatisch schlimme politische Erblast:

- Eine Rekordarbeitslosigkeit von über 4 Millionen Arbeitslosen.
- Eine Rekordverschuldung von 1,5 Billionen DM.
- Eine Rekordbelastung der Durchschnittseinkommen durch Steuern und Abgaben von ca. 45 Prozent.

SR: Welche Aufgabe hat für Sie höchste Priorität?

G.R.: Ein Bündnis für Arbeit, denn die Schicksalsfrage der Politik in Deutschland ist und bleibt die Beseitigung der hohen Arbeitslosigkeit. Das ist nur möglich, wenn alle Kräfte mobilisiert werden. deshalb wollen wir zuständigen Gruppen, Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Politik, zusammenbringen zu einem Bündnis für Arbeit und Gerechtigkeit. Es geht darum

1. zu einer sachlichen Beurteilung der Lage zu kommen,
2. unter Einbeziehung der Erfahrung aus anderen Ländern Wege zu finden, die zu Wachstum und damit zu mehr Arbeitsplätzen führen und
3. über erfolversprechende Maßnahmen zu entscheiden - zügig, entschlossen und konsequent.

Dabei wird es keine Verwischung von Zuständigkeiten geben: Die Politik hat zwar eine Führungsaufgabe, vor allem aber stehen die Tarifparteien in der Verantwortung. Und deren Bemühungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sind zu unterstützen, z.B.

- mehr Teilzeitarbeitsplätze für Frauen und Männer
- Abbau von Überstunden
- beschäftigungssichernde Arbeitszeitmodellen
- variable Lebensarbeitszeiten mit Übergangsmöglichkeiten zwischen Arbeit einerseits und Weiterbildung, Nichterwerbszeiten (Erziehungsurlaub) und Ruhestand andererseits.

SR: Wie paßt das mit dem SPD-Ziel einer umfassenden Steuerreform zusammen?

G.R.: Gerechte Steuern und solide Finanzen sind das Leitmotiv sozialdemokratischen Finanzpolitik. Wir werden eine Steuerreform auf den Weg bringen, die für die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger eine Entlastung bringen wird. Steuerschlupflöcher werden gestopft werden und wir werden entschieden gegen die praktizierte Steuerhinterziehung bei der Kapitalertragssteuer vorgehen.

Mit dieser Steuerreform soll aber auch die Investitionskraft der Unternehmen gestärkt werden, um über diesen Weg neue Arbeitsplätze zu schaffen.

SR: Was haben Rentnerinnen und Rentner von einer SPD-Bundesregierung zu erwarten?

G.R.: Unsere Gesellschaft ist gegenüber den älteren Menschen in der Pflicht. Rentenkürzungen, wie sie die Regierung Kohl beschlossen hat, sind nicht hinnehmbar. Wer die Rentenversicherung damit sanieren will, daß er den Menschen, die ein Leben lang für ihre Altersrente hart gearbeitet haben, die Renten kürzt, der handelt schamlos. Wir werden diese unsozialen Beschlüsse korrigieren - und eine Absenkung der Renten verhindern.

Die gesetzliche Rentenversicherung

wird strukturell so reformiert werden, daß sie auch in Zukunft die entscheidende Säule der Altersversorgung bleibt. Zusätzlich werden wir die betriebliche Altersversorgung und auch die private Vorsorge fördern. Die Beteiligung von Arbeitnehmern an Kapital und Gewinn von Unternehmen soll eine weitere Form der Altersversorgung bilden

SR: Wie geht es weiter in der Gesundheitspolitik?

G.R.: Das Gesundheitswesen ist derzeit geprägt von steigenden Beiträgen, die die Versicherten und die Unternehmen belasten. Gleichzeitig werden die Kranken, wenn sie Leistungen in Anspruch nehmen, immer mehr abkassiert. Im Endeffekt führt dieser Weg zu einer Zweiklassenmedizin - aufwendige Behandlungen können sich nur noch die Reichen leisten, in anderen Worten - wer arm ist kann früher sterben.

Wir werden diese Ungerechtigkeiten abschaffen. Wir wollen einen vollwertigen und solidarischen Schutz für alle Versicherten. Dabei werden wir sicherstellen, daß der Leistungskatalog der Krankenkassen alle medizinisch notwendigen Leistungen enthält. Mit einer längst überfälligen „Positivliste“ werden fragwürdige Leistungen und Arzneimittel aus dem Katalog gestrichen.

Beim Zahnersatz für ab 1979 geborene Jugendliche werden wir die abgeschafften Krankenkassenleistungen wieder einführen.

SR: Die SPD in der Regierungsverantwortung, was heißt das?

G.R.: In erster Linie eine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die eine moderne Wirtschaft und den Sozialstaat wieder in Einklang bringt. Denn nur der nachhaltige Abbau der Arbeitslosigkeit und die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft garantieren langfristig Wohlstand, soziale Sicherheit und letztendlich einen stabilen demokratischen Rechtsstaat.

SR: Gerhard Rübenkönig, wir danken für das Gespräch.

Wissenswertes zur Wahl:

Briefwahl kann bei der Gemeindeverwaltung bis zum 25. September beantragt werden. Ein entsprechender Vordruck ist auf der Wahlbenachrichtigungskarte aufgedruckt. Wer nicht genau weiß, ob er am Wahltag verreist sein wird oder eventuell verhindert ist, sollte sicherheitshalber auf diesem Weg SPD wählen.

Wahlbenachrichtigungen wurden bis zum 5. September verschickt. Wer in Ahnatal polizeilich gemeldet ist und bisher keine Benachrichtigung erhalten hat sollte sich umgehend im Rathaus melden.

Krank am Wahltag: Für solche Fälle gibt es noch am Wahltag beim Wahlamt in der Gemeindeverwaltung Briefwahlunterlagen. Angehörige können diese mit einer Vollmacht des Kranken bis um 15 Uhr abholen.

Termine: Die Öffnungszeiten der Wahllokale und der für Sie geltenden Wahlraum ist auf der Wahlbenachrichtigung vermerkt. Unsere Empfehlung: Am besten gleich nach dem Frühstück SPD wählen und dann den Tag genießen.

Jede Stimme zählt, weil mit guten Umfrageergebnissen keine Wahl zu gewinnen ist.

Ungültige Stimmen: Ihre Stimme für den Politikwechsel fehlt, wenn Sie mehr als je ein Kreuz bei Erst- und Zweitstimmen machen

Erststimmen benötigen künftige SPD-Abgeordnete (in unserem Wahlkreis also Gerhard Rübenkönig), um direkt in den Bundestag gewählt zu werden; sie sind bei kleineren Parteien vergebend.

Zweitstimme ist Kanzlerstimme: Sie entscheidet über die Stärke der SPD-Fraktion im neuen Bundestag und damit, ob Gerhard Schröder Kanzler wird.

Hochrechnungen werden nach Schließung der Wahllokale im Fernsehen veröffentlicht.

Mehrheiten: Solide Mehrheiten sind der Schlüssel für eine handlungsfähige Regierung. SPD zu wählen bedeutet Stillstand zu beenden.

Unser Mann in Bonn:

Gerhard Rübenkönig MdB

Vor vier Jahren nominierte die SPD in unserem Wahlkreis einen Ahnataler Mitbürger zu ihrem Kandidaten.

In Ahnatal und unseren Nachbargemeinden war Gerhard Rübenkönig durch seine langjährige kommunalpolitische Arbeit bereits bestens bekannt. In der Stadt Kassel mußte er sich erst noch einen Namen machen. Das ist ihm damals auf Anhieb gelungen. Gerhard Rübenkönig zog mit einem für diesen Wahlkreis hervorragenden Wahlergebnis als Direktkandidat in den Bundestag ein.

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, daß die SPD mit der Nominierung Gerhard Rübenkönigs richtig gelegen hat. Unser Bundestagsabgeordneter hat sich weniger durch große Worte als durch eine engagierte Arbeit im Bundestag und für die



Bürgerinnen und Bürger in seinem Wahlkreis hervorgeraten. Viele seiner Aktivitäten, mit denen er als Oppositionspolitiker in Bonn und hier vor Ort versuchte etwas für die Region und vor allem etwas gegen das riesenproblem Arbeitslosigkeit im Kasseler Raum zu unternehmen, liefen im Stillen, dafür aber meistens erfolgreich ab.

Gerhard Rübenkönig verdient auch in Zukunft Ihr Vertrauen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger. Seine Vorstellungen und Erwartungen bei einem SPD-Wahlsieg hat er in dem von uns wiedergegebenen Gespräch deutlich gemacht. Mit Ihrer Erststimme für Gerhard Rübenkönig und der Zweitstimme für die SPD können sie mithelfen, daß diese Vorstellungen realisiert werden können.

Am 27. September den Wechsel wählen:

Stimmzettel zur Bundestagswahl	
Erststimme	Zweitstimme
Gerhard Rübenkönig Sozialdemokratische Partei Deutschlands	SPD Gerhard Schröder und andere
X	X

Gerhard Schröder muß Kanzler werden!



wir sind bereit!

- DAS SPRACHROHR -

Herausgeber: SPD Ahnatal
Redaktion: Gerhard Schreiber
Weidenweg 18
34292 Ahnatal
MDM, Kassel

Druck:
Auflage: 3500

Das SPRACHROHR erscheint mehrmals im Jahr und wird kostenlos an alle Haushalte in Ahnatal verteilt.